

SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE

R. YURÜKOĞLU



İŞÇİNİN SESİ PUBLIKATIONEN
DEUTSCHE SERIE 6

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Sozialismus und Demokratie

Sozialismus und Demokratie

R. YÜRÜKOĞLU

İşçinin Sesi Publikationen

August 1982

Druck: Morning Litho Printers Ltd. (T.U)
London

INHALT

	Seite
Vorwort	9
1. Auf welcher Ebene und warum entstehen die Probleme?	13
2. Die Entwicklung der Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie	16
3. Die heutige Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie	23
4. Was muss getan werden?	27
5. Das Verhältnis zwischen Wesen und Form	31
6. Unser Verständnis von Sozialismus und Demokratie	37
6.1. Demokratie in der Organisation des Staatsapparats	38
6.2. Demokratie in der Organisation des politischen Systems	41
6.3. Demokratie in der Organisation der Wirtschaft	49
6.4. Demokratie in der Organisation der internationalen Beziehungen	50
7. Allgemeiner Rahmen	52
8. Noch einmal zur Bedeutung des Kampfs um Demokratie	56

Vorwort

In diesem Artikel wollen wir uns mit einigen grundlegenden Aspekten der Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie beschäftigen. Das heisst einmal, mit der Beziehung zwischen der kommunistischen Partei und der Demokratie, andererseits, zwischen der Diktatur des Proletariats und der Demokratie.

Die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie ist eine wesentlich gradlinige, unkomplizierte, vergleichsweise einfache. Die Diktatur des Proletariats ist der Staat, der die Interessen der Mehrheit vertritt, und Demokratie ist diejenige Staatsform, die Herrschaft der Mehrheit bedeutet. Sozialismus heisst in erster Linie, Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln

im Interesse der Mehrheit, um dieser die Herrschaft zu ermöglichen. Auf lange Sicht kann die einzig gangbare Form der Diktatur des Proletariats nur die Demokratie sein; soll sie vollständig und konsequent praktiziert werden, erfordert Demokratie die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus. Die Diktatur und die Demokratie des Proletariats sind von grundlegender Bedeutung, wenn der Sozialismus leben und sich zum Kommunismus fortentwickeln soll. Daher enthält die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie theoretisch kein Problem.

Als die Arbeiterklasse der Welt und die kommunistische Bewegung zum ersten Mal in organisierter Form auftraten, war es nicht schwierig, die Konzepte Sozialismus und Demokratie zur Übereinstimmung zu bringen; jedes wurde als ganz selbstverständliche Ergänzung des anderen aufgefasst.

Diesem gradlinigen Verständnis lagen die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen zugrunde, die die Zeit prägten. Damals verschmolzen demokratische und sozialistische Ziele und die Kämpfe für Demokratie und für Sozialismus in auffallender Weise. Europa stand in seinem vorimperialistischen Entwicklungsstadium. Die Bourgeoisie hatte die Macht übernommen und war reaktionär geworden. Die Parole "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" hatte sie schon lange vergessen. Gleichzeitig hatten sich ihre Probleme, da sie noch nicht das imperialistische Stadium erreicht hatte, vervielfacht.

In dieser Lage kämpfte die Arbeiterbewegung gleichzeitig für die allgemeinsten demokratischen Rechte (z.B. Gewerkschaftsrechte, gleiches und allgemeines Wahlrecht, gewählte Regierungen, Menschenrechte) und für das gesellschaftliche Eigentum an den Produk-

tionsmitteln. Und als die europäische Bourgeoisie diese Forderungen bekämpfte, weil sie unfähig war, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, verschmolzen Demokratie und Sozialismus im Bewusstsein der Arbeiterklasse vollständig miteinander.

Zu der Zeit, als die Arbeiterbewegung ins Leben trat, gab es also in dieser Beziehung kein Problem, noch gibt es eines auf theoretischer Ebene. Probleme tauchen aber auf, wenn wir die vielfältigen späteren Erfahrungen berücksichtigen. Wir wollen uns jetzt betrachten, auf welcher Ebene und warum diese Probleme entstehen.

1. Auf welcher Ebene und warum entstehen die Probleme?

Die Beziehung zwischen Staat und Demokratie, d.h. zwischen dem Wesen des Staates und der Staatsform, erweist sich in konkreten Situationen als ausgesprochen vielschichtig. Wenn sich auch sein Wesen nicht verändert, weist jeder *konkrete* Staat doch entsprechend dem Kräftegleichgewicht zwischen den im ihm vertretenen Klassen und der Intensität und Entwicklungsstufe des Klassenkampfes verschiedene soziale Inhalte in wechselnder Zusammensetzung auf. Aus denselben Gründen ist auch jede *konkrete* Demokratie in verschiedene Verfassungs-, Organisations- und Rechtsformen gekleidet. Zwei Länder mögen beide bürgerliche Demokratien sein, doch wenn man genau hinsieht,

erkennt man, dass ihr konstitutioneller Rahmen und ihr Rechtssystem völlig verschieden sind. Daher nimmt die Beziehung zwischen Staat, Demokratie und Sozialismus entsprechend dem erwähnten Komplex besonderer Bedingungen für jedes *konkrete* Land eine spezielle Form an. Weil in ihrem Wesen gleiche Staaten in völlig unterschiedlicher Form organisiert sein können, bringt die Beziehung zwischen Demokratie und Sozialismus, die theoretisch keine Fragen aufwirft, auf der konkreten Ebene viele verschiedene praktische Probleme mit sich.

Man muss jede besondere Organisationsform konkret überprüfen. Der einfache Ausweg für diejenigen, die an diese Aufgabe nicht heranwollen, besteht darin, sich mit allgemeinen Wahrheiten zufriedenzugeben, wenn es um eine konkrete Organisationsform in einem *konkreten* Land geht: "Bürgerliche Demokratie ist die Diktatur der Bourgeoisie. Die Diktatur des Proletariats ist tausendmal demokratischer als der demokratischste bürgerliche Staat." Schluss! Damit wird die Frage aber nicht beantwortet.

Unglücklicherweise war von Zeit zu Zeit die Tendenz, jede Frage mit solchen allgemeinen Wahrheiten zu beantworten, in der weltkommunistischen Bewegung sehr weit verbreitet. Es wäre interessant zu hören, was Kommunisten mit dieser Haltung auf die folgende Frage erwidern würden: wie kommt es, dass die bürgerliche Demokratie, die Diktatur einer ausbeutenden Minderheit, ihre Diktatur durch allgemeine Wahlen aufrechterhalten kann?

Die Antwort dürfte meist "Gehirnwäsche" o.ä. lauten. Wir haben nicht die Absicht, die wichtige Rolle bürgerlicher Propaganda und bürgerlicher Ideologie, der herrschenden Ideologie, zu leugnen. Aber wir können die

Frage nicht wirklich klären, wenn wir uns nur darauf beziehen. Wie könnten sich die Menschen über so lange historische Zeiträume hinweg so sehr täuschen lassen? Wenn wir alles auf die Propaganda schieben, erklären wir die Menschen für Schafe. Die Frage bringt uns auf die soziale Basis, auf der dieser gigantische Mechanismus namens Staat beruht, und auf dessen Funktionsweise, und beide können wirklich nur erklärt werden, indem man die Frage beantwortet, "*Wie herrscht die herrschende Klasse?*" Wir versuchen hier nicht, diese Frage zu klären, da sie kein unverzichtbarer Bestandteil unseres Themas ist.

2. Die Entwicklung der Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie

Um unsere Überlegungen zu erleichtern, teile ich die Geschichte dieser Beziehung in Zeitabschnitte ein. Man darf diese Einteilung aber nicht als "Organisationsdirektive" missverstehen. Verschiedene andere Einteilungen wären möglich.

Das *erste Stadium* ist der Zeitraum, in dem Marx und Engels lebten, in dem die Arbeiterbewegung entstand, der Zeitraum, in dem ein Kampf um die grundlegendsten demokratischen Rechte geführt wurde. Daher war eine ganze Reihe von Problemen, die später auftauchten, noch nicht entstanden. Die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie war von jedem gleich zu verstehen.

Marx und Engels gingen als Menschen dieser Zeit an

die Aufgabe, den wissenschaftlichen Sozialismus zu schaffen, den Sozialismus zur Wissenschaft zu machen. Damals betrug die Lebenserwartung nicht mehr als 50, 60 Jahre, und die Aufgaben, die sie sich setzten, waren riesig. Aus diesem Grund beschäftigten Marx und Engels sich mehr mit dem Kern des Themas Staat, Demokratie und sozialistische Demokratie, als den Versuch zu machen, zu einer allumfassenden Analyse zu gelangen. Aber wenn sie auch nur den Kern dieses Problems behandeln konnten, haben sie uns doch den Weg gewiesen. Dass sie einen vierten Band des *Kapitals* planten, der sich mit dem Staat beschäftigen sollte, zeigt, dass sie sehr wohl die unausgeführten Aspekte sahen, aber nicht lange genug lebten, um sie zu vervollständigen.

Das *zweite Stadium* ist das Übergangsstadium des europäischen Kapitalismus zum Imperialismus. In diesem Zeitraum, der auf den von Marx und Engels geprägten folgte, entfaltete sich in gewissem Grad eine demokratische Praxis in Europa, sowohl als Ergebnis des Kampfs der Arbeiterklasse als auch aufgrund der Vorteile, die das Erreichen des imperialistischen Stadiums mit sich brachte. Auf der Grundlage dieser Ausdehnung demokratischer Rechte nahmen zwei Hauptströmungen in der Arbeiterbewegung Gestalt an. Die erste wurde durch die Parteien der II. Internationale repräsentiert. Ihre Fixierung auf die Demokratie wurde allmählich zur Fixierung auf das bestehende System und zum Hindernis für den Sozialismus.

Als Repräsentanten der zweiten Strömung führten Lenin und die Bolschewiken die Entwürfe von Staat, Demokratie und Diktatur des Proletariats auf eine dem Marxismus oder genauer, der Wissenschaft und dem Leben selbst angemessene Weise weiter.

Lenin behandelte die Frage nur im Zusammenhang mit dem politischen Kampf und nur in dem dabei nötigen Umfang. Gegen das Ende seines Lebens hatte er vor, *Staat und Revolution* umzuarbeiten und zu erweitern und arbeitete an einem Entwurf dafür, aber wieder verhinderte der Tod den Abschluss dieses Vorhabens.

Dass sowohl Marx als auch Lenin in ihren letzten Jahren die Frage des Staates in gültiger Weise behandeln wollten, dass sie auf die Notwendigkeit dafür hinwiesen, zeigte eine Aufgabe an, die von späteren marxistischen Denkern hätte aufgegriffen werden sollen: die marxistische Staatstheorie aufzuarbeiten und weiterzuentwickeln. Bis heute ist diese Aufgabe nicht in einer für den Marxismus befriedigenden Weise gelöst. Man hat sich verhalten, als ob über die Frage des Staates bereits alles gesagt sei. Diese Haltung war der wichtigste Faktor zur Förderung der Tendenz zu Allgemeinplätzen und Klischees, der man bei dieser Frage häufig in der kommunistischen Bewegung begegnet.

Das *dritte Stadium* können wir die Zeit der Komintern-Parteien nennen; sie erstreckt sich vom Tod Lenins bis zum Aufstieg des Faschismus. In diesem Zeitraum wuchs die Kluft zwischen Demokratie und Sozialismus, die sich in der vorausgehenden Zeit geöffnet hatte, weiter. Angesichts von Revolutionen der Arbeiterklasse erlitten demokratische Gewinne in den westlichen Ländern einen Rückschlag. Aber es gab nun auch einen sozialistischen Staat, und in ihm wurde eine autoritäre Struktur aufgebaut.

Mit diesen Entwicklungen konfrontiert, ging die Komintern zu einer falschen Position über. Einerseits gab sie sich mit allgemeinen Wahrheiten zum Thema Demokratie zufrieden: "Bürgerliche Demokratie ist

Betrug". Andererseits verteidigte sie apologetisch das mehr und mehr autoritäre System in der Sowjetunion. Tatsächlich war die Lage in der Sowjetunion unter den schwierigen Bedingungen gar nicht unnormale und hätte den Arbeitern der Welt recht einfach erklärt werden können. Das Versagen der Komintern in der Unterscheidung zwischen denjenigen Aspekten der Einschränkung von Demokratie in der Sowjetunion, die notwendig waren, und denjenigen Praktiken, die gleich oder später hätten korrigiert werden sollen, ihre Zustimmung zu allem, was geschah, hatte wesentlichen Anteil an der Konsolidierung und wachsenden Verhärtung des Systems in der Sowjetunion.

Aufgrund der Komintern-Tendenz zu Allgemeinplätzen und Klischees machte niemand den Versuch, über den nun abgrundtiefen Spalt zwischen Sozialismus und Demokratie nachzudenken: "Bürgerliche Demokratie ist Betrug, die Diktatur des Proletariats ist wunderbar." Aber das genügt nicht. Die Leute sehen die Kluft wachsen, und daraus ergeben sich ernste Probleme. Das Versagen der kommunistischen Parteien vor der Auseinandersetzung mit ihnen ist einer der wichtigsten Faktoren für ihre Unfähigkeit zur Weiterentwicklung. (Natürlich gibt es auch andere Faktoren, aber ich versuche, sie in gewissem Grade auszuklammern und die Dinge nur von einem Gesichtspunkt aus zu erklären.) Die kommunistischen Parteien waren nicht in der Lage, als Parteien der Arbeiterklasse zu einer wirklichen Macht zu werden. Die alten sozialdemokratischen Arbeiterparteien blieben die Parteien, die die Arbeiterklasse um sich scharen konnten. Das ist eine geschichtliche Tatsache, an der wir nichts ändern können.

Das *vierte Stadium* ist die Zeit des Faschismus, die

trotz allem Unheil die Möglichkeit zu etwas Positivem eröffnete. In diesem Zeitraum schloss das Leben selbst die Kluft, die sich zwischen Sozialismus und Demokratie aufgetan hatte. Ganz plötzlich beinhalteten demokratische Aufgaben in solchem Ausmass alles, dass —so wie zu Marx' Zeiten— die kommunistischen Parteien für die grundlegendsten Rechte kämpften. Infolgedessen rückten Sozialismus und Demokratie noch einmal im Bewusstsein der Arbeiterklasse eng aneinander.

Das brachte das Leben mit sich, aber die kommunistischen Parteien waren der Situation nicht gewachsen. Da hatten sie erst kurz vorher gesagt, "Bürgerliche Demokratie ist Betrug", und plötzlich, kehrtum marsch!, begannen sie für die bürgerliche Demokratie zu kämpfen. Die Komintern veränderte vollständig ihr Erscheinungsbild und vollzog einen Linienwechsel, ohne nur einmal innezuhalten, um zu fragen, was geschah. Es war natürlich nötig, einen demokratischen Kampf zu führen, aber es ist eine Sache, Demokratie, eine andere, *bürgerliche* Demokratie zu verteidigen.

Indem sie zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie aufforderte, beging die Komintern eine Abweichung nach rechts, aber die objektive Folge dieses Fehlers war, dass er die bestehende Kluft zwischen Sozialismus und Demokratie schliessen half. Ohne jetzt die konkreten Fehler, die die Parteien in diesem Zeitraum begingen, und die wenigen kommunistischen Parteien, die unter Ausnahmebedingungen arbeiteten, zu berücksichtigen: kommunistische Parteien wurden nun zum ersten Male wirkliche Massenparteien. Man muss das herausstreichen, weil es im geschichtlichen Rahmen zeigt, *wie wichtig es ist, für Demokratie zu kämpfen, wenn man die Arbeiterklasse für sich gewinnen will.* Alles, was wir bis hier

gesagt haben, die Eigentümlichkeiten jedes Stadiums führen zu diesem Schluss, aber dieses Stadium legt ihn in besonders starkem Masse nahe.

Das *fünfte Stadium* ist die Zeit des kalten Krieges. Dieser Zeitraum war sowohl für den Sozialismus als auch die Demokratie katastrophal. Eine Mauer erhob sich zwischen der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder im Osten und der Arbeiterklasse im Westen.

Da die Strategie des kalten Krieges darin bestand, das sozialistische System niederzuwerfen, und somit extrem aggressiv war, ging dieses zu einer defensiven Haltung über, und das brachte zusammen mit dem Konsolidierungsbedürfnis der sozialistischen Staaten eine ganze Reihe von harten Massnahmen mit sich, die eine nach der anderen zur Anwendung kamen. Die Gründe dafür waren wohlwogen und richtig, aber diese Massnahmen führten auch objektiv dazu, dass die Demokratisierung der osteuropäischen Länder erschwert wurde. In einer solchen Lage konnte der Demokratisierungsprozess keine Fortschritte machen.

Die kommunistischen Parteien im Westen wurden in der Zeit des kalten Krieges sehr geschwächt. Ein wichtiger Grund dafür war die Unfähigkeit der Parteien, eine überzeugende Antwort auf die Frage des *täglichen* Widerspruchs zwischen Demokratie und Sozialismus zu finden, ein Widerspruch, den die Bourgeoisie nach Kräften ausnützte. Die internationale Bourgeoisie, die historisch bedingt nicht nur ökonomisch in der weitaus stärkeren Position war, stellte die Arbeiterklasse der Welt vor die Frage: "Was sagt ihr dazu?" und bohrte voller Schadenfreude in dem Riss, der sich aus verschiedenen Gründen zwischen Sozialismus und Demokratie aufgetan hatte. Angesichts dessen waren die kommunistischen

Parteien unfähig, eine überzeugende Argumentation zu entwickeln.

Neben allen ihren negativen Aspekten liess diese Zeit aber ein sozialistisches Weltsystem zur objektiven Wirklichkeit werden. Neben der Sowjetunion stand das riesige China. Die Spaltung zwischen ihnen hatte noch nicht stattgefunden. Dass diese beiden Mächte gemeinsam dem Imperialismus Widerstand leisteten und die sozialistischen Länder (trotz aller Schwierigkeiten einschliesslich einer Blockade) ein beispielloser Produktionswachstum erreichen konnten, brachte die Zeit des kalten Krieges zwangsläufig an ihr Ende. Es wurde offensichtlich, dass der kalte Krieg nicht das Ergebnis erzielen konnte, das die Imperialisten im Sinn hatten. Die Absicht, den Sozialismus bis nach Moskau zurückzudrängen und dann ganz auszulöschen, liess sich nicht verwirklichen. Daher ging die Zeit des kalten Krieges langsam zu Ende.

Das *sechste Stadium* ist die Zeit nach dem kalten Krieg, die gegenwärtige Zeit. Das wichtigste Merkmal dieses Zeitraums ist die wissenschaftlich-technische Revolution, dank derer sich der Imperialismus der alten Welt neue Möglichkeiten erschloss. Durch diese Möglichkeiten einerseits und andererseits gezwungen durch den Kampf der Arbeiterklasse dehnte sich die Demokratie in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas aus, während sich in den sozialistischen Ländern—in erster Linie aufgrund wirtschaftlicher Sachzwänge—die gesellschaftlichen Strukturen verhärteten.

3. Die heutige Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie

Heute wird die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung wirklich diskutiert. Zum ersten Mal hat eine ernsthafte Auseinandersetzung begonnen. Die komplexe Ursache dieser Auseinandersetzung besteht darin, dass sich im Westen demokratische Praxis ausbreitet, während das in den sozialistischen Ländern nicht zu dem Grad der Fall ist, den der Sozialismus erfordert. Dieser Widerspruch dient als wichtigste ideologische Waffe, um Kommunisten in der ganzen Welt als Gegner der Demokratie hinzustellen, die Arbeiterklassen in West und Ost zu spalten und so die Einheit der internationalen Arbeiterklasse zu zerstören.

Dadurch haben die kommunistischen Parteien Europas einen Punkt erreicht, wo nicht nur ihre Weiterentwicklung, sondern ihre ganze *Existenz* in Gefahr ist, wenn sie nicht das Problem der Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie lösen. *Der Kommunismus in Europa ist in Gefahr*. Sind die kommunistischen Parteien unfähig, den bestehenden Widerspruch überzeugend zu erklären, hat der Kommunismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern keine Überlebenschance. So gross ist die Macht dieser ideologischen Waffe.

Daher kam auf Veranlassung der eurokommunistischen Parteien zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiterklasse das Thema Demokratie und Sozialismus auf die Tagesordnung. Wir scheuen uns gar nicht, das offen zu sagen. Durch die italienische, spanische und französische Partei wurde die Arbeiterklasse zur Aufnahme dieser Diskussion herausgefordert. Das ist der historische Beitrag dieser Parteien.

Zum ersten Mal richteten sich die zur Frage der Beziehung zwischen Demokratie und Sozialismus vorgebrachten Thesen sowohl gegen die Bourgeoisie als auch gegen die sozialistischen Länder. Es wurde Kritik gegen die sozialistischen Länder vorgebracht.

Dass die eurokommunistischen Parteien den Kampf für Demokratie auf die Tagesordnung brachten, hat grossen Anteil daran, dass sie die ersten Massenparteien in der weltkommunistischen Bewegung wurden. Betrachtet man sich die historischen Entwicklungen, kann man schwerlich abstreiten, dass der Kampf für Demokratie in jedem Stadium die kommunistischen Parteien belebte.

Aber vergessen wir darüber nicht den folgenden Aspekt der Entwicklung: die eurokommunistischen Parteien haben Peter beraubt, um Paul zu bezahlen. Sie

ähneln mittlerweile den Parteien der II. Internationale. Wir wollen den Fehler ins Auge fassen und dagegen kämpfen, dabei aber nicht den objektiven Gewinn durch die Debatte über Demokratie vergessen. Es ist das erste Mal seit dem Tod Lenins, dass eine Diskussion in der weltkommunistischen Bewegung stattfindet, ohne dass mit einem "Bann" gedroht wird. Manche würden zwar gerne andere mit einem Bann belegen, können es aber nicht. Das Kräfteverhältnis lässt es nicht zu.

Unserer Ansicht nach haben in dieser Diskussion beide Seiten Unrecht. Aber dass eine solche Diskussion überhaupt stattfindet, eröffnet gute Aussichten. Die Parteien im Westen müssen etwas ganz klar sehen: dass sie in solcher Weise diskutieren, den internen und gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsprozess teils mehr, teils weniger vorantreiben können, verdanken sie, neben anderem, in erster Linie dem Bestehen des weltweiten sozialistischen Systems, der Sowjetunion und der Entspannungspolitik, die sie verfolgt. Eine Welt, in der die Sowjetunion nicht mehr bestünde, wäre eine völlig andere Welt. Die Geschichte schreitet wirklich auf eine seltsame, nur ihr eigene Weise vorwärts! Wir kritisieren die Sowjetunion und machen uns dabei den Schutzschild, den sie über uns hält, zunutze. Sehen die Kommunisten im Westen diesen Schutzschild nicht, machen sie sich einer historischen Undankbarkeit schuldig. Die Sowjetunion ist das weltrevolutionäre Zentrum. In diesem Zusammenhang spielt auch unsere Zuneigung zur Sowjetunion eine Rolle.

Zum ersten Mal findet in der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung der Welt eine so breite Diskussion dieser Frage statt. Es ist schwierig, Extreme zu vermeiden, wenn der "Bann" eines bestimmten Themas gerade aufgehoben wurde. Sicher wird es Extreme geben,

aber ebenso sicher wird sich wieder eine Balance herstellen. Auch werden Bewegungen in Erscheinung treten, die Extreme vermeiden. Diese Zeit, in der ein Anfang damit gemacht wurde, ernsthaft über das Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie nachzudenken, kann dazu führen, dass der Kommunismus die Gelegenheit wahrnimmt, die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder für sich zu gewinnen. Wenn dieses Problem ohne Heuchelei und Betrug gelöst wird, haben wir wirklich eine Chance.

4. Was muss getan werden?

Zu Marx' Zeiten, heute und morgen waren und sind die Kommunisten diejenigen, die die Menschenrechte verteidigen, von den grundlegendsten bis zu den höchsten. Aber heute erleben wir, dass ein Mann namens Sacharow einen Hungerstreik macht, um seine Tochter zur Heirat nach Amerika schicken zu können. Das Mädchen will auswandern und sich in Amerika niederlassen. Na und? Soll sie doch gehen und tun, was sie immer will. Soll sich die riesige Sowjetunion darüber bekümmern? Aber sie erlaubt ihr nicht, wegzugehen. Dann, nachdem sich im Westen ein, zwei Stimmen erhoben haben, lässt sie sie doch ziehen. Ereignen sich tausende von Fällen wie dieser, wachsen sie zum Hindernis an, zum vielleicht grössten

Hindernis für den Kommunismus, die Sympathien der Arbeiter und Werktätigen zu gewinnen. Ohne dass sie dieses Hindernis überwinden, haben die kommunistischen Parteien keine Erfolgchance im Weltmassstab. Der Kampf, den die Eurokommunisten einleiteten, hat trotz gelegentlichen Abirrens doch die Möglichkeit eröffnet, das Problem zu lösen.

Bei dem heutigen Entwicklungsstand, dem heutigen Niveau an Information durch die Medien und Kontakten unter den Menschen ist nur "Demokratie" zu schreien nicht genug, um die Fahne der Demokratie aufzurichten. Es ist ganz wesentlich, ein *positives Programm* für Demokratie, wie wir sie verstehen, zu entwickeln und vorzubringen. Die Massen heute sind nicht mehr dieselben, sie fragen: "Das sagt ihr jetzt, aber was tut ihr, wenn ihr an der Macht seid?" Wir müssen unbedingt ein Programm entwickeln, das die Frage beantwortet, was wir tun, wenn wir an der Macht sind. Die Praxis der Demokratie in den sozialistischen Ländern zu kritisieren und zu sagen, "bei uns wird das anders", ist ein Anfang. So macht man den ersten Schritt. Aber das löst noch nicht viel, denn es ist nur eine *Ablehnung*.

Wir müssen auf jeden Fall klarstellen, was wir unter aktiver Massendemokratie als der angemessensten Staatsform der Diktatur des Proletariats verstehen. Wir müssen das gewissenhaft ausführen und darauf hinweisen, dass "*der Grad, in dem dieses Programm fürs erste verwirklicht werden kann, von den Bedingungen während und nach der Revolution abhängt.*" Ob wir das tun können, was wir wollen, hängt nicht nur von uns, sondern auch von den gegnerischen Kräften ab. Ob wir das Programm am Anfang verwirklichen können, oder zu welchem Grad wir es verwirklichen können, hängt davon ab, wie sich die

Verhältnisse während des Prozesses der Machteroberung gestalten, von der Situation nach der Eroberung der Macht und dem Stand des Klassenkampfes. Vielleicht werden wir unser Programm gar nicht anwenden können, aber dann werden wir vor die Massen treten und sagen müssen, das war unser Programm, aber wir können es heute nicht verwirklichen. Wir werden ihnen erklären müssen, warum wir das Programm nicht verwirklichen können, und sie davon überzeugen müssen. Schon das wäre eine *äusserst wichtige* Errungenschaft. Dadurch wird mindestens unser Verständnis von Demokratie und der Rolle der gesellschaftlichen Vorhut einen grossen Schritt vorwärts gemacht haben. Allein diese Einstellung ist schon eine Grundlage für das Programm, das wir wollen. Sie ist wie ein Keil, den wir hinter die Räder des Wagens legen, um ihn am Wegrollen zu hindern. Man kann nicht mehr zu weit zurückrollen, wenn das Programm veröffentlicht ist. Gut, jetzt bestehen die Bedingungen dafür nicht, aber wenn sie gegeben sind, werden die Leute Fragen stellen.

Die Demokratie, wie sie in den sozialistischen Ländern praktiziert wird, zu kritisieren, um das Verhältnis zwischen Sozialismus und Demokratie in der konkret praktischen Sphäre zu bestimmen, ist notwendig, nützlich und einfach. Was z.B. die Sowjetunion und andere sozialistische Länder mit den "Dissidenten" gemacht haben, ist nicht richtig. Psychiatrische Kliniken etc. sind nicht nur mit dem Sozialismus unverträglich, sondern auch mit der Humanität. Einen intelligenten Mensch mit den Worten ins Irrenhaus zu stecken: "Wenn du im Sozialismus lebst und so eine Idee verteidigst, musst du verrückt sein"; das Fehlen jeglicher Atmosphäre für Diskussionen; die Weigerung, verschiedene Standpunkte

anzuerkennen; sogar die Bedeutungslosigkeit der Wahlen — viele Dinge könnte man aufzählen.

Die Beschränktheit der Demokratie, wie sie die sozialistischen Länder praktizieren, aufzuzeigen, ist nützlich, notwendig und einfach. Die *eigentliche Schwierigkeit* ist erstens, nicht die objektive Basis dieser Entwicklung zu vergessen. Ja, es gibt viele Fehler, die Partei in der Sowjetunion hat viele Fehler, aber dafür gibt es auch eine objektive Grundlage. Jeder weiss, wieviel Boden die Sowjetunion gewonnen hat. Das darf man nicht vergessen. Die erste Schwierigkeit besteht darin, nicht in Feindseligkeit zu verfallen.

Die zweite Schwierigkeit ist, aus unserer Perspektive die konkrete Art und Weise, in der die Beziehung zwischen Sozialismus und Demokratie funktioniert, zu erklären und dabei nicht den revolutionären Gehalt des wissenschaftlichen Sozialismus zu negieren. Die Eurokommunisten scheitern an beiden Schwierigkeiten.

5. Das Verhältnis zwischen Wesen und Form

Bevor wir uns mit dem konkreten Programm für die Demokratie unter der Diktatur des Proletariats beschäftigen, wollen wir erst kurz einen weiteren Punkt betrachten: das Verhältnis zwischen Wesen und Form. Diktatur ist das Wesen des Staates, Demokratie ist eine Staatsform. Jeder Staat ist eine Diktatur, aber nicht jede Diktatur ist eine Demokratie. Das Wesen des bürgerlichen Staats ist die bürgerliche Diktatur. Diese kann sich in Form der Demokratie vollziehen; sie kann auch die Form der offenen Diktatur annehmen, Dasselbe trifft auch auf den proletarischen Staat zu. Auch der proletarische Staat ist seinem Wesen nach eine proletarische Diktatur, aber es kann sich entweder um eine Demokratie oder um offene

Diktatur handeln. Der Staat in Polen ist eine Diktatur des Proletariats, aber es gibt heute keine Demokratie in Polen, wo das Kriegsrecht verhängt wurde, sondern offene Diktatur.

Je nach den besonderen Umständen und den Fehlern in der Parteilinie etc. gibt es eine grössere oder kleinere Diskrepanz zwischen Wesen and Form. Eine solche Diskrepanz zeigt im Sozialismus eine *bürokratische Deformierung* an.

Die Epoche des Sozialismus ist eine Epoche revolutionärer Umformung, die sich von der Revolution bis zum Kommunismus erstreckt. Die bestimmende Eigenschaft dieser Epoche ist die Abschaffung der Ausbeutung und des Privateigentums an Produktionsmitteln, aber auch die fortbestehende Trennung zwischen Kopf - und Handarbeit. Infolgedessen ist die Verwaltung des Staats noch eine Domäne der *Experten*. Daher ist der wichtigste Kampf dieser Epoche revolutionärer Umformungen, die wir Sozialismus nennen, der Kampf darum, ob die Staatsverwaltung, die noch eine Domäne der Experten ist, sich vom Volk isoliert oder nicht, ob sie dem Volkswillen untergeordnet wird oder nicht. Das ist ein wichtiger Widerspruch in dieser Epoche, die das erste Stadium des Kommunismus darstellt. Das Bestehen eines Verwaltungssektors, einer Bürokratie, ist noch notwendig. Aber dieser Staat ist ein Staat der Arbeiterklasse. Das Problem ist, ob dieser Expertensektor Staat dem Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse untergeordnet wird oder nicht, und in welchem Grad.

Entsteht eine Diskrepanz in dieser Sphäre zwischen der Diktatur des Proletariats als Wesen und der demokratischen Praxis als Form, so bedeutet das, dass der Staat dem Einwirken des Proletariats entglitten ist. Da der

Staat die Domäne der Experten bleibt, funktioniert er in einer vom Proletariat nicht hinlänglich beeinflussten Weise. In ihrem Wesen repräsentiert die Diktatur des Proletariats die Interessen der Mehrheit, und Demokratie bedeutet Herrschaft der Mehrheit. Wenn aber die Mehrheit an Staatsgeschäften keinen Anteil hat, bedeutet das, der Staat hat sich der Mehrheit entzogen. Das nennen wir *bürokratische Deformierung*.

Führen wir die bürokratische Deformierung zu ihrem logischen Endpunkt, ergibt sich eine Rückkehr zum Kapitalismus auf den seltsamen Pfaden, die der Geschichte eigentümlich sind. Es gibt kein Gesetz, das eine Rückkehr vom Sozialismus zum Kapitalismus verbietet. Die Möglichkeit einer Rückkehr zum Kapitalismus besteht, solange der Kommunismus noch nicht erreicht ist. Dass die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, stellt für das Auftauchen einer neuen Kapitalistenklasse kein Hindernis dar.

Betrachten wir uns eine proletarische Diktatur, in der die Kontrolle des Proletariats über die Staatsfunktionen allmählich abgenommen hätte. Da die Staatsverwaltung noch eine Expertenangelegenheit ist, verselbständigt sich der ganze Verwaltungssektor, der bereits getrennt von den Arbeitern existiert. Auf dem Papier besitzt dieser Sektor die Produktionsmittel nicht, d.h., er hat keine *gesetzlichen* Eigentumsrechte, aber faktisch das *Nutzungsrecht* in seinen Händen. Unter diesen Umständen kann sich der Verwaltungssektor allmählich in eine Kapitalistenklasse verwandeln.

Ziehen wir eine historische Parallele und denken wir an die osmanische Gesellschaft, so hatten weder die Bauernschaft noch die Lehnsherren auf dem Papier Eigentumsrechte an Grund und Boden, aber sie hatten das

Nutzungsrecht. Im Reproduktionsprozess verwandelte sich das allmählich in ein Eigentumsrecht und fand schliesslich als solches Eingang ins Gesetz.

Im Sozialismus könnte es eine ähnliche Entwicklung geben, wenn wir die bürokratische Deformierung zu ihrem logischen Endpunkt bringen. Wir müssen grobe Schlussfolgerungen wie "keiner besitzt die Produktionsmittel, also kann keine Ausbeuterklasse entstehen" vermeiden. Der Umstand, dass es einen von der Arbeiterklasse getrennten Sektor gibt, einen Sektor, der sie beherrscht, bedeutet, dass sich, wer auch immer der gesetzliche Eigentümer der Produktionsmittel sein mag, das Nutzungsrecht anderswo befindet. Daraus kann eine kapitalistische Klasse entstehen.

Da es eine solche Möglichkeit gibt, ist es einfach nicht richtig, *nur das Wesen zu betrachten* und zu sagen, die Diktatur des Proletariats verteidigt die Rechte der Mehrheit, oder, ohne *die Form* auch nur *prüfen* zu wollen, "die Diktatur des Proletariats ist tausendmal demokratischer als der demokratischste bürgerliche Staat". Wir müssen diese beiden unbedingt *zusammen* betrachten. Überall, wo Lenin sagte, dass die Diktatur des Proletariats tausendmal demokratischer sei als der demokratischste bürgerliche Staat, betrachtete er diese beiden zusammen. Er zeigte auf, dass damals in Hinblick auf beide der proletarische Staat demokratischer war als jeder bürgerliche Staat. Man kann nicht nur auf Grund des Wesens eine Schlussfolgerung ziehen, denn wenn die Herrschaft der Mehrheit nicht verwirklicht ist, heisst das, das Wesen der proletarischen Diktatur, die die Interessen der Mehrheit schützen soll, ist verloren gegangen. Die logische Schlussfolgerung: die Diktatur des Proletariats existiert nicht mehr. Das lehrt Lenin.

Wir unterscheiden zwischen Wesen und Form, um unser Denken leichter zu machen, aber wir können sie nicht zu sehr voneinander trennen. Eine Logik wie die folgende würde nur zur Karikatur geraten: "Das ist die Diktatur des Proletariats. Was sie auch tut, ist im Interesse der Mehrheit, und was im Interesse der Mehrheit ist, ist demokratischer." Demokratische Prozesse müssen unbedingt eine demokratische Form haben. In dieser geschichtlichen Epoche, in der die Arbeiterklasse das Stadium, in dem der Staat abstirbt, noch nicht erreicht hat und gezwungen ist, einen Verwaltungssektor über sich aufrechtzuerhalten, muss sie die Bedingungen schaffen, die es ihr ermöglichen, diesen Verwaltungskader zu kontrollieren.

Nun wollen wir folgende Frage stellen: *wo die Form nicht existiert, welche Bedeutung hat da das Wesen?* Wo es keine demokratische Praxis gibt, welche Bedeutung hat da die Diktatur des Proletariats? Es kann verschiedene Bedeutungen geben. In jeder konkreten Situation muss man sich das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen betrachten. Wenn die Diskrepanz zwischen Form und Wesen nicht so gross ist, handelt es sich um einen Staat, der dem Nutzen der Mehrheit dient, aber autoritär ist. Wenn die Diskrepanz gross ist, aber die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten bleibt, handelt es sich um bürokratische Deformation. (Wenn man weiter geht, bedeutet das, die Diktatur des Proletariats existiert nicht mehr.) Beides sind Diktaturen des Proletariats, und beide bringen in ihrem Wesen eine bestimmte bürokratische Deformation zum Ausdruck. Aber eine stellt noch immer den Interessenträger des Volkes dar und kann seine freiwillige Unterstützung gewinnen.

Wenn auch ein Staat, der zum Nutzen der Mehrheit

arbeitet, aber nicht demokratisch vorgeht, keine wünschenswerte Sache ist, kann er doch nützlich und historisch notwendig sein. Die Zeit des Kriegskommunismus in der Sowjetunion ist ein Beispiel dafür.

So verhält es sich generell mit der Beziehung zwischen Wesen und Form. Man kann beide unmöglich *langfristig* voneinander trennen.

6. Unser Verständnis von Sozialismus und Demokratie

Demokratie ist nicht nur Stimmabgabe o.ä., besonders nicht im Sozialismus. Demokratie ist ein *ständiger Prozess, in dem Ideen entwickelt und Entscheidungen getroffen werden*. Sie ist ein ständiger Prozess, nicht etwas, was alle fünf, sechs Jahre einmal sich ereignet. Daher erfordert sie die *Gelegenheit zu breiter Diskussion* in jeder Sphäre und auf jeder Ebene. Was kann man denn entscheiden, wenn es keine Diskussion gibt? Ohne sie ist es auch im besten Fall nur eine Demokratie der passiven Zustimmung wie die bürgerliche unter günstigen Bedingungen. Sozialismus aber erfordert Massendemokratie, aktive Demokratie.

Behält man das im Sinn, welche Art von Demokratie muss dann die proletarische Demokratie sein? Welche

Struktur wollen wir nach der Revolution schaffen?

Wir können das Programm dafür hier nicht aufstellen, aber wir können sicher einen gewissen Rahmen abstecken. Er ist eigentlich schon vorhanden. Man bräuchte ihn nur abzustauben und das Erbstück wieder auf den Markt zu bringen.

Wir können uns ein Demokratietprogramm für vier Bereiche vorstellen. Diese vier Bereiche, die ich hier unterscheiden will, sind in jedem Staat miteinander verflochten, mehr noch im Sozialismus, weil die Bereiche Arbeit und Politik, nachdem einmal die Produktionsmittel Staatseigentum geworden sind, zum ersten Mal in der Geschichte völlig miteinander verschmelzen. Aber um unsere Überlegungen zu erleichtern, können wir trotzdem vier Bereiche einzeln nennen: 1. Demokratie in der Organisation des Staatsapparats, 2. Demokratie in der Organisation des politischen Systems (schon aus den Bezeichnungen geht hervor, dass sie eigentlich untrennbar sind), 3. Demokratie in der Organisation der Wirtschaft, 4. Demokratie in der Organisation der internationalen Beziehungen.

6.1. Demokratie in der Organisation des Staatsapparats

Die folgenden Elemente sind für die Organisation eines Staatsapparates nötig, wenn eine Massendemokratie als die für die Diktatur des Proletariats geeignetste Staatsform bestehen soll.

a) In Lenins Worten, "Diktatur des Proletariats im Zentrum, Autonomie in den Regionen." Das soll heissen, wirkungsvolle Zentralgewalt, die über jeden Teil des Landes die Regierung ausübt, verbunden mit ausgedehnter Selbstverwaltung in örtlichen Organen wie z.B.

Stadtverwaltungen sowie den finanziellen Zuwendungen, personellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten usw., die diese Selbstverwaltung sicherstellen. Anderenfalls würde Autonomie nur auf dem Papier stehen.

Indem man einen solchen Mechanismus einführt, gewinnt man eine der stärksten Waffen gegen die Bürokratie, da er den Zwang beseitigt, sich selbst wegen Entscheidungen in der kleinsten Angelegenheit an eine höhere Behörde wenden müssen. Die örtliche Behörde fasst ihre eigenen Beschlüsse, während sich die Zentrale das Recht vorbehält, sie in einem dann allerdings von oben nach unten verlaufenden Prozess zu ändern, wenn sie vom Gesichtspunkt des allgemeinen Wohls nicht gerechtfertigt sind. Wenn wir aber den von den unteren zu den oberen Behörden fließenden Strom von Ratschlägen beseitigen, beseitigen wir dabei eine der wichtigsten Massnahmen zur Verhinderung von Bürokratie und damit eine der besten Möglichkeiten, die Massen an der Arbeit und Verwaltung des Staates teilnehmen zu lassen. Gleichzeitig ist es einer der Wege, das Ziel der proletarischen Diktatur: *ein billiges, einfaches, schnelles Funktionieren des Staates* — zu verwirklichen.

b) Wahl aller staatlichen Funktionsträger — nicht nur der Abgeordneten, sondern aller staatlichen Funktionsträger (Verwaltung, Rechtswesen, Erziehung) — und das Recht der Wähler, sie *jederzeit* abzurufen (nicht das Recht auf Abberufung z.B. einmal alle zwei Jahre, sondern als ständiges Recht).

Diese Massnahme stammt von der Pariser Kommune und wurde von Marx und Lenin als ein unverzichtbares Element der Diktatur des Proletariats betrachtet. Sie ist auch ein unverzichtbares Element wirklicher Demokratie. Zu gewissem Grad werden ähnliche Verfahren in

friedlichen Zeiten auch in imperialistischen Ländern angewendet. Aber sie wurden nie und werden auch nie in dem vollen Mass wie oben beschrieben verwirklicht.

c) Wieder eine Massnahme der Kommune, die Marx als Kriterium vorbrachte: das Gehalt des höchsten Staatsangestellten darf das eines Facharbeiters nicht überschreiten. Das ist eine wichtige Bedingung, wenn der Lebensstandard derer, die die Arbeiten in einem Staatsapparat verrichten, der immer noch eine Experten-domäne ist, sich nicht über den der Arbeiter erheben soll, wenn der Staat sich nicht von den Arbeitern absondern soll. Ausserdem sollten wir "Gehalt" nicht nur im wörtlichen Sinn verstehen. So hatte z.B. der Leiter des polnischen Radios und Fernsehens ein Flugzeug, einen Hubschrauber, eine Yacht im Wert von 5-6 Mio. DM, verschiedene private Villen, alles mit Staatsgeldern gekauft. Wir müssen dieses Prinzip der Kommune mit all seinen Implikationen ins Auge fassen. (Ein interessanter Punkt: das menschwistische Programm unserer Partei sagt, "das Gehalt des höchsten Beamten darf nicht mehr als das Doppelte eines Facharbeiterlohns betragen". Es ist offensichtlich, von welchem bequemen Fleckchen sie träumen.)

d) Zwei Veränderungen im Rechtswesen sind notwendig. Erstens die Anwesenheit von Repräsentanten des Volkes in den Gerichtshöfen. Man nennt das Jury. Sie hat die Aufgabe, über Schuld und Unschuld des Angeklagten zu entscheiden, der Richter hat das Urteil zu fällen. Zweitens müssen alle Richter und Staatsanwälte gewählt werden und die Wähler das Recht haben, sie jederzeit abzurufen. Ich glaube, das wird in einigen Ländern so gemacht, was die Richter betrifft, aber nicht bei den Staatsanwälten.

e) Nach Auflösung der Armee und Bildung einer

neuen Volksarmee müssen eine ganze Serie Massnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass diese sich vom Volk isoliert und eine von ihm getrennte Macht wird. Es ist von grossem Nutzen, diese Massnahmen ausformuliert vorzulegen, bevor die kommunistische Bewegung an die Macht kommt. Wenn wir auch nicht "konkrete Pläne", die uns die Hände binden würden, entwickeln können, dürfen wir es doch nicht versäumen, einen theoretischen Rahmen abzustecken, da sonst nach der Revolution bei der Bestimmung des Platzes der Armee in der sozialistischen Gesellschaft grosse Probleme entstehen würden.

Das Proletariat muss uneingeschränkt über die Produktion von Waffen Bescheid wissen und sie kontrollieren. Militärische Waffenlager müssen von Arbeiterkollektiven überwacht werden.

f) Wichtige Angelegenheiten, die die ganze Gesellschaft betreffen, sowie die Verabschiedung wichtiger Gesetze sollen einer Volksbefragung unterliegen.

g) Das Prinzip der Offenheit in Staatsangelegenheiten. Veröffentlichung von Gesetzentwürfen, die zur Debatte stehen. Sitzungen der legislativen Organe sollen der Öffentlichkeit durch Radio, Fernsehen und Presse zugänglich sein. Öffentlichkeit des Staatsfinanzwesens auf jeder Ebene.

6.2. Demokratie in der Organisation des politischen Systems

a) *Zustimmung zum Vielparteiensystem.* Warum? *Erstens*, weil verschiedene Klassen und Schichten bestehen. Wenn sie bestehen, ist es besser, sie bringen ihre eigenen Interessen in einer eigenen politischen Partei vor, anstatt das, beabsichtigt oder nicht, in einer objektiv destruktiven Weise zu tun, indem sie in die kommunisti-

sche Partei einsickern, deren Eigenschaft, Partei der Arbeiterklasse zu sein, zerstören und Kontrolle über einige Organe gewinnen. Lenin sagt, "Demokratie hebt den Klassenkampf nicht auf", im Gegenteil, Demokratie macht den Klassenkampf offener, breiter und unkomplizierter. Bestehen Klassen und Schichten, lasst sie lieber ihre eigenen Parteien gründen anstatt die kommunistische Partei zu infiltrieren. Schauen wir uns die Führung und sogar die Zusammensetzung der Mitgliedschaft der KPdSU an, so gehört die Mehrheit nicht zur Arbeiterklasse. Das sollte nicht so sein. Da verschiedene Klassen und Schichten existieren, bietet es grosse Vorteile, dem Vielparteiensystem zuzustimmen.

Zweitens gibt es auch sicher verschiedene Standpunkte innerhalb derselben Klasse. Man muss nicht bloss, weil man derselben Klasse angehört, dasselbe denken wie jemand anderes. Ja, es gibt nur eine Wahrheit in jeder Lage. Aber es kann sein, dass nicht jeder diese Wahrheit sieht. Meinungsunterschiede können so tiefgehend sein, dass sie es unmöglich machen, gemeinsam in derselben Partei zu bleiben, auch wenn alle den Sozialismus errichten wollen. Wollen z.B. die französischen Kommunisten nicht den Kommunismus? Will die KPdSU nicht den Kommunismus? Es wäre für beide unmöglich, auf der Basis eines ihrer Programme in derselben Partei zu bleiben. Wenn die französischen Kommunisten nicht Franzosen, sondern Sowjetbürger wären, warum sollte man ihnen nicht dasselbe Recht zugestehen? Ihr Weg ist falsch, aber der andere mag genauso falsch sein.

Drittens, warum sollten wir die Existenz anderer Parteien fürchten, wo wir doch wissen, dass die kommunistische Partei die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen am beständigsten verteidigt?

Wir könnten noch viele Punkte aufzählen, die alle für die Zustimmung zum Vielparteiensystem sprächen. Es würde eine offenere, würdigere und breitere Form des Klassenkampfes ermöglichen und die Massen in grösserem Umfang in diesen Kampf einbeziehen. Es würde auch den Bauern- und Intellektuelleneinfluss ausschalten, der die Tendenz hat, die kommunistische Partei zu deformieren.

Das Einparteiensystem in der Sowjetunion ist nicht ein notwendiger Zug des Sozialismus. Niemand kann das behaupten. Zu diesem System kam es einzig durch die Macht der Umstände. Lenin aber hatte dem Vielparteiensystem im Prinzip zugestimmt. Man könnte viele Artikel aus den Jahren 1917/18 als Beispiele dafür zitieren.

b) *Natürliche Folgen des Vielparteiensystems.* Die Verfassung unseres Staats muss folgendes garantieren:

I) die Freiheit, politische Parteien zu gründen, ohne dass das Programm der kommunistischen Partei akzeptiert werden muss. In den sozialistischen Ländern wird das verlangt. Dann wird behauptet, es gäbe verschiedene Parteien. Das sind nicht verschiedene Parteien, sondern Transmissionsriemen für die kommunistische Partei. Wenn man einem Vielparteiensystem zustimmt, kann man nicht die Bedingung aufstellen, dass das Programm der kommunistischen Partei zu akzeptieren ist;

II) folglich Freiheit für alle politischen Parteien, *die nicht gegen das demokratische System des proletarischen Staates auftreten.* Warum sollten wir andere Parteien fürchten? Wenn wir sagen, der Kommunismus verteidigt am besten die Interessen der Arbeiter und der Werktätigen, und wenn wir uns für diese Interessen einsetzen, dann muss man schon das Volk ziemlich geringschätzen, um zu glauben, dass es den Falschen

nachläuft. Solange sie sich nicht dem demokratischen System des proletarischen Staats widersetzen, lasst sie gründen, was sie immer wollen. Andere Parteien werden die kommunistische Partei zwingen, immer wieder um das Vertrauen der Bevölkerung zu kämpfen. Angesichts einer solchen Herausforderung wird sich diese Partei nicht in Illusionen oder in Korruption verlieren. Sie wird ständig die Notwendigkeit spüren, den Pulsschlag der Arbeiterklasse zu beobachten, ihre Vorherrschaft zu verteidigen. Das wird der wichtigste Faktor sein, der sie daran hindert, sich vom Volk zu isolieren.

III) Raum in der Presse und im Fernsehen für jede Partei im Verhältnis zu ihrer gesellschaftlichen Unterstützung. Ohne das wäre die Freiheit, politische Parteien zu gründen, bedeutungslos.

IV) Uneingeschränkte Achtung vor dem Willen der Bevölkerung. Das bedeutet folgendes: Wahlen werden abgehalten. Es gibt verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Programmen. Wenn wir die Wahlen verlieren, werden wir gehen. Alles andere wäre unlogisch. Jede Partei, die die Unterstützung der Mehrheit des Volkes verliert, nachdem die von ihr vertretene Klasse die Kontrolle über den Staat übernommen, die Produktionsmittel vergesellschaftet, die Ausbeutung abgeschafft und ständig Fortschritte gemacht hat, ist wirklich eine hilflose Partei. Eine solche Partei, um mit Inönü zu sprechen, könnte nicht einmal ein Zelt aufstellen. Ist das der Fall, so wäre es besser für sie, sich nach der Wahlniederlage zurückzuziehen. Alles andere wäre Heuchelei. Man muss vor dem Willen des Volkes Respekt haben. Bis zur Revolution alle seine Anstrengungen darauf richten, die Unterstützung des Volks zu gewinnen, dann nach der Revolution sich weigern, vom Platz zu weichen, ohne

Rücksicht auf den Willen des Volks zu nehmen — so etwas ist unmöglich. Lenin lehrt es anders.

Als Anfang 1918 verschiedene Parteien in den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten repräsentiert waren, sagte Lenin zur Verteidigung der Überlegenheit des *Vielparteien-Rätesystems* folgendes: "...wenn die arbeitenden Menschen unzufrieden mit ihrer Partei sind, können sie andere Delegierte wählen, *die Macht einer anderen Partei übergeben* und die Regierung auswechseln ohne jede Revolution."

c) Das Wahlsystem. Welches Wahlsystem sollte es geben? Direkte Wahlen, von denen Lenin sagte, dass es ohne sie keine Demokratie gäbe. Lenin sagte auch, "Komitees, die nicht in direkter Wahl gewählt wurden, sind keine demokratischen Komitees".

Gleiche und allgemeine Wahlen (auch für Gefangene) nach dem Verhältniswahlrecht.

Ein anderes ganz unverzichtbares Element des Wahlsystems ist die geheime Stimmabgabe und öffentliche Auszählung.

Alle Einzelpersonen und Organisationen müssen das Recht haben, direkt Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen. Es muss sogar jeder das Recht haben, für jemanden zu stimmen, der nicht auf dem Stimmzettel steht, für jeden Kandidaten zu stimmen, den er will, ob er irgendwo aufgestellt worden ist oder nicht.

Ein anderes unverzichtbares Recht ist das Recht auf Abberufung. Wenn Wahlen alle vier Jahre einmal abgehalten werden, muss ein gewisser Prozentanteil der Wählermehrheit das Recht auf Abberufung, wann immer sie es will, besitzen, nicht nur das Recht, den Stand der Dinge alle zwei Jahre zu überprüfen und diejenigen abzuberaufen, die nicht gut gearbeitet haben.

d) Konkrete Massnahmen zur Förderung des Aufbaus einer Gesellschaft von Staatsbürgern ("civic society"), z.B. staatliche Finanzierungshilfen für Vereine und Bereitstellung von Versammlungsräumen, Publikationsmöglichkeiten usw.

e) Wenn Demokratie bedeutet, ständig Entscheidungen zu treffen, dann muss die Gesellschaft das Recht haben, frei über jedes Thema zu diskutieren, und damit Minderheitsmeinungen eine Chance bekommen, zu Mehrheitsmeinungen zu werden, muss jeder Ansicht, die einen gewissen Grad von Unterstützung in der Gesellschaft aufweist, das Recht auf Druck und Publikation in staatlichen Druckereien zugestanden werden.

Sagen wir mal, jemand hat ein Buch geschrieben. Es war im Fünfjahresplan nicht vorgesehen. Vielleicht interessiert sich keiner dafür, aber der Mann blieb nächtelang auf, um es zu schreiben; wo kann er es drucken lassen? Er kann es, falls es "non-konformistische" Ansichten enthält, sicherlich nirgendwo in einem sozialistischen Land drucken lassen. Bei solchen Verhältnissen friert alles ein, nichts bewegt sich mehr vorwärts. Niemand wird mehr irgendetwas machen wollen. So sagen wir, wenn zehntausend Personen der Ansicht sind, das Buch sollte gedruckt werden, dann wird es in den staatlichen Druckereien gedruckt. Die zehntausend Personen brauchen die in dem Buch enthaltenen Ansichten nicht zu teilen. Jede Ansicht, die eine gewisse Unterstützung gewinnen konnte, weil entweder die betreffenden Ideen Zustimmung fanden oder weil man sie einfach diskutieren will, muss das Recht auf Druck und Publikation in den staatlichen Druckereien haben. Lenin sprach sich in dieser Richtung aus.

f) Garantie für das Prinzip *Offenheit* im sozialen und

politischen Leben. Die Anwendung dieses Prinzips legt der Bürokratie Zügel an. Bürokratie blüht in der Dunkelheit, hinter geschlossenen Türen. Offenheit führt zur Übernahme von Verantwortung durch das Volk, zum Wachsen seiner Initiative. Wenn die Leute die Fragen und Probleme nicht kennen, können sie nichts zu ihrer Lösung beitragen.

g) Die Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung und der Privatsphäre muss garantiert sein.

h) Abschaffung der Todesstrafe und aller Strafen, die mit der Menschenwürde unvereinbar sind. Verbot der Folter (einschliesslich Einweisung in psychiatrische Kliniken etc.). An vielen Stellen sagt Lenin, "wir werden Konterrevolutionäre töten, aber niemals foltern." Dabei sprach er über die Zeit offener Diktatur, in der die Weissen, wenn sie einen Arbeiter zu fassen kriegten, einen Nagel durch den roten Stern trieben, den er trug. In dieser Zeit sagte Lenin, "wir werden strafen, aber nie foltern." Das ist ausserordentlich wichtig. Wir sprechen aber jedenfalls nicht über eine Zeit offener Diktatur, wir sprechen über Demokratie unter der Diktatur des Proletariats. Hinrichtungen, Folter und Grausamkeiten passen nicht zur Menschenwürde und entwürdigen jeden, der sich dazu hergibt.

Sacharow baute die Wasserstoffbombe, er ist einer der besten Naturwissenschaftler der Welt. Es ist unbegreiflich, dass ein solcher Mann nach Gorki verbannt wird. Trotzdem ist es so. Sacharow arbeitet in der Verbannung weiter. Lasst ihn schreiben, was er will, auch wenn es falsch und verlogen ist. Er geht mit seiner Frau spazieren und kommt heim, um festzustellen, dass der KGB alle seine Arbeiten migenommen hat. Darf so etwas vorkommen? Auch das ist Folter. Was macht es aus, ob Sacharow schreibt oder nicht? Diese Dinge machen dem

kommunistischen System keine Ehre, sie müssen aufhören.

i) *Denk- und Redefreiheit.* Wenn wir von Denkfreiheit sprechen: glaubt nicht, dass wir uns das so vorstellen wie in der Verfassung von 1961, die die Menschewiken so demokratisch finden. Wenn einer nicht sagen kann, was er denkt, was ist das dann für eine Denkfreiheit? Wir verteidigen die Denk- zusammen mit der Rede- und Versammlungsfreiheit.

Gemeinsam mit diesen verteidigen wir die persönliche und institutionelle Freiheit der Religion und des Gottesdienstes. Als Einzelperson mag jeder einer Religion anhängen und entsprechenden Gottesdienst ausüben, als Institution mag die Religion eine Kirche oder Vereinigung gründen. Wir sagen das nicht aus taktischen Erwägungen. Vielmehr beruht diese Überzeugung auf einer tiefen philosophischen Erkenntnis. Mit Engels' Worten, "der Glaube an den Atheismus kann nicht zum Dogma gemacht werden". Dieser selbst ist nämlich Unglaube.

Unglauben an Gott zu fordern, wäre dasselbe, als sagte man, "du musst glauben". Aber die kommunistische Partei wird gegen die Religionen kämpfen. Hier trennen wir uns von den Menschewiken. Kommunisten müssen nicht nur gegen "schlechte" Gottesdiener, sondern auch gegen die *Religion selbst* kämpfen. Religion ist das Opium des Volkes. Aber wir sprechen jetzt nicht über die kommunistische Partei, sondern über den Staat. Der Staat kann die Religion nicht einschränken.

j) Reise- und Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes und die Freiheit, ins Ausland zu reisen.

k) Respekt vor dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung; das ist einer der unverzichtbaren Artikel für die Demokratisierung der Gesellschaft.

1) Das Recht für jeden, Waffen zu tragen. Die Organisierung dieses Rechtes in einer Weise, die das Volk in die Lage versetzt, mit den organisierten bewaffneten Kräften in der Gesellschaft Schritt zu halten, und der modernen Technologie Rechnung trägt. *Arbeiterkollektive* müssen z.B. hochwirksame moderne Waffen besitzen.

6.3. Demokratie in der Organisation der Wirtschaft

a) Arbeitsplatzdemokratie: Teilnahme von Arbeitern und Arbeiterkollektiven an der Verwaltung und Überwachung an allen Arbeitsplätzen. Natürlich muss man diese Idee zu gegebener Zeit ausbauen. Wer wird die Manager wählen? Es wird sicher nötig sein, ein zweigleisiges Vorgehen zu entwickeln, das die Rechte der Zentrale ebenso garantiert, wie es den Wünschen derjenigen, die unter Leitung des Managers arbeiten, gerecht wird. Arbeitsplatzdemokratie ist eine wichtige Quelle für Demokratie im Sozialismus. Wenn die Arbeiter in einer Fabrik oder an einem anderen Arbeitsplatz keine Kontrolle über Entscheidungen haben, kann man auch nicht von Demokratie im Staat sprechen.

b) Das schrittweise Wachsen der Aufgaben und der Verantwortung der Gewerkschaften bei der Organisation und Überwachung der Wirtschaft soll sichergestellt werden. Man wird konkrete Massnahmen dafür treffen müssen. Sozialismus ist eine Zeit des ständigen revolutionären *Wandels*, die sich bis zum höchsten Stadium des Kommunismus hin erstreckt. Er ist kein statischer Zustand, sondern ein nie zur Ruhe kommender Vorgang. Er ist ein Stadium, in dem wir den Überbau in Übereinstimmung mit der Ökonomie verändern und die Autorität der Arbeiterklasse als der Mehrheit sowie der

Gewerkschaften, Massenorganisationen und der "civic society" im allgemeinen in jedem Augenblick stärken müssen.

c) Tarifverhandlungen und das Recht zum Streik wie zum Generalstreik sollen garantiert werden. Es ist eine sehr schlimme Situation, wenn im Sozialismus die Arbeiterklasse gegen ihren eigenen Staat streikt. Aber solche Situationen können entstehen. Es sind aber auch Zeiten oder Situationen vorstellbar, in denen Streiks die Diktatur des Proletariats retten könnten. Noch einmal, es mag Situationen geben, wo — wie in Polen — Streiks schmerzliche Folgen haben mögen. Trotzdem können wir nie auf dieses natürlichste Recht der Arbeiterklasse verzichten.

d) Veröffentlichung allumfassender Statistiken über die Lage der Wirtschaft.

6.4. Demokratie in der Organisation der internationalen Beziehungen

a) Aufkündigung aller internationalen Vereinbarungen, die die Souveränität und den Willen des Volkes missachten oder einschränken. Rückzug aus allen Organisationen, auf die das zutrifft.

b) Bilaterale Abkommen und Beitritte zu internationalen Organisationen nach der Revolution im Auftrag der Arbeiterklasse und des Volkes sollen durch Volksabstimmung ratifiziert und nach bestimmten Zeitabständen erneut einer Volksabstimmung unterzogen werden. Folglich darf es keine "geheimen" Abkommen geben.

c) Gesteht man dieses Recht zu, ist es auch nötig, den Internationalismus der Bevölkerung zu fördern. Wenn man die Menschen nicht im internationalen Geist erzieht, betrachten sie alles aus einer engen nationalistischen

Perspektive. Man muss ihr internationales Verständnis entwickeln, sollen sie nicht so an die Sache herangehen: "Was gewinne ich bei diesem Abkommen? Sie haben sich mein Holz geholt, was haben sie mir dafür dagelassen?"

8. Noch einmal zur Bedeutung des Kampfs um Demokratie

Bis hier haben wir in Umrissen zu erklären versucht, welche Demokratie der Staat der Arbeiterklasse in der Türkei bringen wird. Darüber hinaus ist das Gesagte nicht die äusserste Grenze proletarischer Demokratie. Diese Grenze wird sich im Verhältnis zur Festigung und Entwicklung des Systems ausdehnen.

Trotzdem ist auch dieser Grad proletarischer Demokratie von keinem bürgerlichen Staat zugestanden worden, selbst nicht in den friedlichsten Zeiten, und es wird ihn auch keiner je zugestehen können, weil Demokratie, wenn sie echt zu werden beginnt und beständig den Willen des Volkes widerspiegelt, anfängt, die Grundlagen des kapitalistischen Systems zu untergra-

auszuführen, und sie ihnen übergeben. (Die Staatskader in der Sowjetunion heute sind Intellektuelle aus der Arbeiter- und Bauernschaft.) Dieser neue Sektor, der aus der Arbeiterklasse und Bauernschaft hervorgegangen ist und dadurch ein besseres Verständnis für deren Situation hat, bildet nun als Intelligenzbürokratie einen Sektor *ausserhalb* der Arbeiter und Bauern. Daher zielen alle diese Massnahmen darauf ab, den Willen der Arbeiterklasse, der Mehrheit, wo immer möglich in die Staatsfunktionen aufzunehmen. All diese Massnahmen zielen auf einen Kampf gegen die Bürokratie ab, einen Kampf, der den Staat daran hindern soll, zu einer vom Volk isolierten Macht zu werden.

Der erste, zweite und dritte Artikel im Abschnitt über die Organisation des politischen Systems verfolgt die Absicht, das Verhältnis Staat/Partei im Sozialismus zu klären. Beide sind nicht miteinander identisch. Parteien bestimmen die Politik, der Staat folgt und verwirklicht sie konkret. Parteimitglieder, die auf verschiedenen Ebenen im Staat tätig sind, erleichtern und beschleunigen als Parteimitglieder diesen Mechanismus und stellen sicher, dass er vollständiger und wirkungsvoller arbeitet.

Das ist es auch, was mit der führenden Rolle der kommunistischen Partei in der sozialistischen Gesellschaft gemeint ist. Unter der Diktatur des Proletariats ist die kommunistische Partei der Geist der Hegemonie oder Macht. Sie ist die führende Kraft dieser Diktatur, aber nicht der Staat selbst. Sie ist nicht der Staat. Staat und Partei sind nicht identisch. Auf der anderen Seite ist die kommunistische Partei auch nicht identisch mit der Arbeiterklasse.

Bestimmte Massnahmen sind gleichfalls zur

Demokratisierung der Gesellschaft nötig, um sie in die Lage zu versetzen, den Staat stärker und effektiver zu überwachen und einen immer grösseren Teil der Staatsfunktionen zu übernehmen. Die restlichen Abschnitte im Kapitel über die Organisation des politischen Systems sind hauptsächlich auf dieses Ziel gerichtet.

Die demokratischen Rechte selbst, die wir hier aufgezählt haben und die sich tatsächlich noch viel weiter entfalten könnten, lassen Schwierigkeiten entstehen, die in der tagtäglichen Praxis bewältigt werden müssen. Wir sind uns dessen bewusst. Es sind aber Schwierigkeiten, die sich Schritt für Schritt überwinden lassen. Und dieses Herangehen ist die verlässlichste Garantie gegen das Aufkommen solch schwerer Probleme wie in Polen. Die wichtigste Garantie dagegen, dass sich das ganze System plötzlich in ein Chaos verwandelt und alles gegen sich hat, ist die Lösung der verschiedenen Tagesprobleme, die wir aus eigener Kraft erreichen werden. Zeigen wir die nötige Sorgfalt im Umgang mit ihnen, so machen wir es dem grossen, destruktiven Problem unmöglich, gegen uns aufzustehen.

Zusammenfassend können wir sagen, die Diktatur des Proletariats wird über die aktive Massendemokratie verfügen, die die geeignetste Staatsform für sie ist, sind nur die von uns aufgezählten Bedingungen erfüllt. Und nur wenn sie solche aktive Massendemokratie aufweist, kann sie zum höheren Stadium des Kommunismus fortschreiten.

Denn man darf die Frage, welche Klasse im Staat herrscht, nicht mit der Frage der Verwaltung des Staates durcheinanderbringen. Lenin sagte, "... dass eine Klasse die führende Klasse ist, macht sie nicht sofort fähig zur Regierung."

Das ist ein wichtiger Widerspruch beim revolutionären Übergang zum Kommunismus. Die Arbeiterklasse ist die herrschende Klasse, aber sie ist zur Regierung noch unfähig. Sie ist gezwungen, einige Leute zu akzeptieren, die in ihrem Namen die Regierung ausüben. Die Antwort auf die Frage, bis zu welchem Grade sie diese kontrollieren kann, wird das Tempo ihres Vorrückens zum Kommunismus bestimmen. Und sie wird diese Leute in genau dem Grad in der Hand behalten, in dem Demokratie praktiziert wird.

“Demokratie ist eben die Bedingung der Diktatur des Proletariats, ihr Lebensblut. Sie hilft der Verzerrung des Prinzips der Diktatur durch Bürokratie vorzubeugen und stellt sicher, dass die Staatsgewalt nie auch nur für einen Augenblick weder die alltäglichen noch die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, die ihre Verbündeten sind, aus den Augen verliert. Sozialistische Demokratie ist nicht der Gegenpol der Diktatur des Proletariats und fühlt sich nicht berufen, sie zu ersetzen.” (Bela Biszku, *Power, Liberty, Democracy*, Corvina Press, Budapest, Ungarn, 1978)

7. Allgemeiner Rahmen

Alle Bedingungen, mit denen wir uns oben befasst haben, dienen nur dazu, ein generelles Verständnis zu schaffen. Alles könnte noch viel konkreter sein. Dieser Rahmen ist das Gesetz der Gesetze oder die *Verfassung* und bewegt sich auf einer allgemeinen Ebene. Denn der allgemeine Umriss dieser Verfassung ist das, was uns und unserer Partei heute vorwärtshilft.

Wenn wir uns die Massnahmen zur Organisation des Staatsapparats zusammen betrachten, so zielen sie alle auf denselben Punkt. Da verschiedene Sphären des Staatsapparats von Experten abhängen, brauchen wir zunächst bürgerliche Intellektuelle. Dann werden wir Leute aus der Arbeiterklasse ausbilden, diese Aufgaben

ben. Daher ist *der einzig wirkliche Anwalt der Demokratie in unserer Epoche die Arbeiterklasse.*

In kapitalistischen Ländern behindern die Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte. Der Grad, in dem sich die Produktivkräfte dieser Länder entwickeln können, steht in keinem Verhältnis zu dem möglichen Ausmass ihrer Entfaltung im Sozialismus. Entwicklung ist im Sozialismus unbegrenzt. Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem Privateigentum wird an einen Endpunkt kommen und den Kapitalismus zerstören. Die wissenschaftlich-technische Revolution vergrössert noch die Unzulänglichkeit des Kapitalismus. Bei dem heutigen Niveau der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und dem Grad der Vergesellschaftung der Produktion wird es *unmöglich*, ohne immer mehr demokratische Verfahrensweisen in Ökonomie und Gesellschaft *weiterzuproduzieren.*

Das bringt einen entscheidenden Widerspruch hervor. Auf der einen Seite macht das Wirtschafts- und Sozialleben auf Grundlage der wissenschaftlich-technischen Entwicklung eine immer stärkere Demokratisierung notwendig. Auf der anderen Seite lässt sich im Kapitalismus wahre Demokratie nicht entwickeln. Ab einem bestimmten Punkt ist sie mit dem Kapitalismus nicht mehr auf einen Nenner zu bringen. Daher ist der Kampf für Demokratie in kapitalistischen, besonders in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ein lebenswichtiger Teil im Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus.

Wir haben unsererseits keine Angst zuzugeben, dass die Gesellschaft in der Türkei eine rückständige, intolerante, kompromissunfähige ist, die sich noch nicht vom Einfluss ihrer barbarischen Geschichte befreit hat.

Vielleicht lässt sich der Entwurf, den ich zu zeichnen versucht habe, für einige Zeit gar nicht anwenden, oder vielleicht nur zu einem gewissen Grad. Wir sagen aber: das ist die Demokratie, die die Diktatur des Proletariats verlangt. Das wollen wir erreichen. Das wird in unser Programm aufgenommen, und das ist es, was wir aufrichten wollen, wenn nichts uns daran hindert.

Ist auch heute der Grad, in dem sich diese Ziele in der Türkei verwirklichen lassen, noch nicht absehbar, soll uns das doch nicht daran hindern, eine Lücke auszufüllen, die aus verschiedenen Gründen von der kommunistischen Bewegung bis heute offengelassen worden ist, soll uns nicht daran hindern, darzulegen, was wir unter Demokratie im Sozialismus verstehen. Ganz abgesehen von der Frage, was wird nach der Revolution; wir sind *gezwungen*, das darzulegen, *wenn wir die Revolution machen wollen*. Die Entwicklung auf der Welt hat einen Punkt erreicht, wo wir die Revolution nicht werden machen können, wenn wir nicht erklären, warum es diese Kluft zwischen Sozialismus und Demokratie gibt, die sich an verschiedenen konkreten Fällen zeigt, wenn wir nicht demonstrieren können, dass Kommunisten die einzigen wirklichen Verteidiger der Demokratie sind. Dieses Problem macht sich in Europa noch stärker bemerkbar. Solange er es nicht lösen kann, ist der Kommunismus dort in Gefahr. Aber die Türkei ist nicht so weit abgelegen von Europa. Ausserdem ist ihre Entwicklung auf einem fortgeschrittenen Niveau, das sich nicht mit dem der Sowjetunion zur Zeit der Revolution gleichsetzen lässt.

Wir sind verpflichtet, in der Türkei einen wirklich intensiven Kampf für die Demokratie zu führen. Unser Kampf wird nicht aufhören, wenn wir die Revolution gemacht haben. Wirklich wichtig ist, dass wir erklären,

was wir nach der Revolution tun wollen. Wir können die Frage der Demokratie in der Türkei nicht behandeln, ohne die Kluft zwischen Sozialismus und Demokratie zu schliessen, die sich an konkreten Beispielen gezeigt hat.

Wir sind verpflichtet, unseren Genossen begreiflich zu machen, warum Demokratie so lebensnotwendig ist für den Sozialismus, dass Demokratie eine notwendige Bedingung für das Fortschreiten des Sozialismus zum Kommunismus ist. Wir können keine Kommunisten sein, wenn wir das unterbewerten. Wir dürfen uns keinesfalls erlauben, die Demokratie in unserem Bewusstsein geringzuschätzen, damit wir nicht die Augen niederschlagen müssen, wenn wir die Frage der Demokratie in der Türkei diskutieren. Lasst uns mit Verständnis für die geschichtliche Bedeutsamkeit des Wortes darüber sprechen. Das ist notwendig, um heute die Menschen für uns zu gewinnen und morgen zum Kommunismus fortschreiten zu können.

In unseren Reihen gibt es eine keineswegs nur vereinzelte Tendenz, die Demokratie unterzubewerten — ich kann mich sogar erinnern, dass ein Genosse während einer Diskussion über den Kampf für Demokratie in der Türkei die Bemerkung fallen liess: "Da es heute keine revolutionäre Situation gibt, werden wir eben für Demokratie kämpfen, damit wir nicht untätig bleiben müssen." Die Demokratie so verächtlich zu behandeln, heisst, sie der Bourgeoisie in die Tasche zu packen.

Der *künstliche Spalt* zwischen Sozialismus und Demokratie ist nicht nur einfach ein Missverständnis auf seiten des erwähnten Genossen. Dieser Genosse sprach als einer, der selbst den Sozialismus unterstützt. Aber Millionen Menschen sagen, sie wollen keinen Sozialismus, weil es da keine Demokratie gibt. Das muss richtiggestellt

werden, sonst wird eine Revolution unter kommunistischer Führung unmöglich.

Genauso notwendig wie das Existenzrecht für verschiedene Parteien ist die Aushändigung der Macht an den jeweiligen Wahlgewinner. Es wäre Heuchelei, den Willen des Volkes nur bis zu einem gewissen Punkt zu akzeptieren und es von da an zu verweigern. Jeder wird für sich selbst entscheiden müssen, ob er ein solcher Heuchler sein will oder nicht. Als politische Bewegung haben wir allerdings dieses Problem nicht.

Es wäre philosophisch gesehen ein Widerspruch, wenn man den Leuten verschiedene Plattformen zur Wahl anböte und gleichzeitig dächte, sie würden die falsche Wahl treffen, in einem System, das sich von der Korruption der Bourgeoisie befreit hat! Das hiesse, man bildete sich ein, den Kommunismus *stellvertretend für sie* aufbauen zu müssen.

Wir sagen, wir werden die Wahlen nicht verlieren. Die Partei soll sich schämen, die Wahlen verliert in ihrem eigenen Staat. Mit so einer Partei ist nichts zu gewinnen. Was sie bestenfalls tun kann, ist, ihren Zusammenbruch zu vertagen und den Arbeitern der Welt als abschreckendes Beispiel zu dienen.

Zusätzlich muss man über diese Frage in Verbindung mit unseren Aussagen zu verschiedenen anderen Themen nachdenken. Klassen existieren im Stadium des Sozialismus noch bis zum Übergang zum höheren Stadium des Kommunismus. Wenn Klassen und Klassenkampf existieren und man keine demokratischen Kanäle dafür vorsieht, verlagert sich der Klassenkampf *in die bestehenden Organisationen*. Wenn die einzig bestehende politische Organisation die kommunistische Partei ist, könnten wir *ihren Niedergang verursachen*, obwohl wir

doch den Sozialismus aufbauen wollen. Angeblich kann man den Sozialismus mit einem Vorgehen retten, das zum Marxismus-Leninismus völlig im Widerspruch steht. Mit Sprüchen wie "Die Leute verstehen es nicht, sie sind rückständig. Sollen wir die Ausbeuter zulassen?" werden wir nur erreichen dass die kommunistische Partei degeneriert. Bestehen Klassen und Klassenkampf, spiegelt sich das gewiss in der politischen Arena wieder. Gibt es nur eine einzige Partei, die kommunistische Partei, fließen alle die verschiedenen Ansichten und der Klassenkampf selbst in sie ein.

Kann es nicht verschiedene Parteien der Arbeiterklasse geben? Natürlich kann es sie geben. Es gibt nur eine wirkliche Partei der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, aber das bezieht sich auf etwas anderes. Das *Kommunistische Manifest* zählt verschiedene Parteien der Arbeiterklasse auf. Es gibt aber nur eine Partei, die die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse repräsentiert, und das ist die kommunistische Partei. Es gibt auch in der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene Parteien. Die Widersprüche im Sozialismus sind nicht von antagonistischer Natur, aber es wird gewiss Interessengegensätze geben. Wenn in Amerika oder England eine bürgerliche Partei geht und die nächste kommt, bricht da die Diktatur der Bourgeoisie deswegen zusammen?

Lasst uns das nicht bloss als einen Traum betrachten. Täten wir das, hiesse das, vor der heutigen Rückständigkeit des Sozialismus zu kapitulieren. Diese Welt wird noch viele Dinge sehen, sowohl Sozialismus wie höchstentwickelte Demokratie.

Lasst uns aufrichtig an Demokratie glauben, sie nicht geringschätzen und uns der Tatsache bewusst sein, dass die ständige Entwicklung der Demokratie notwendig ist

und einen unabtrennbaren Teil unseres Kommunismus darstellt. Allein schon dieses Verständnis wird einen grossen Teil unserer Handlungen bestimmen, wenn wir an die Macht gelangt sind. Und es ist immer möglich, es besser zu machen.